

# Die Ära der Essenspakete geht zu Ende

Flüchtlinge im Landkreis bekommen ab Januar 2013 Geld statt Sachleistungen / Behörde sucht dringend neue Unterkünfte

**Die Essenspakete für Flüchtlinge gehören im Kreis Tübingen bald der Vergangenheit an. In der gestrigen Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses des Kreistags kündigte Landrat Joachim Walter an: Spätestens ab Januar 2013 werde die Behörde den Asylsuchenden im Kreis Geld ausbezahlen und keine Sachleistungen mehr ausgeben.**

CHRISTIANE HOYER

**Kreis Tübingen.** Seine Anknüpfung stieß im Gremium auf breite Zustimmung. Zwei Jahrzehnte lang hatten sich Flüchtlingsorganisationen, Kirchen sowie Stadt- und Kreisräte immer wieder für die Abschaffung der „unseligen Sachleistungen“ eingesetzt, wie Tobias Raidt (FDP) sie gestern bezeichnete. Allein: Auch die Sozialdemokraten hatten sich einst dafür stark gemacht, dass Asylsuchende seit 1992 Essen, Kleider und Körperpflegeartikel zugeteilt bekommen. SPD-Kreisrat Dieter Schmidt bezeichnete dies selbstkritisch als „Versuch der Demütigung und Entwürdigung“, um Flüchtlingen den Aufenthalt in der Bundesrepublik möglichst unangenehm zu machen.

Post aus dem Integrationsministerium

Landrat Joachim Walter nahm gestern einen aktuellen Brief des Integrationsministeriums aus Stuttgart zum Anlass, um die Entscheidung seiner Behörde bekannt zu geben. Er hatte gestern vor der Sitzung Post aus dem Ministerium bekommen und verlas das Antwortschreiben vor dem Kreistags-Ausschuss. In seiner schriftlichen Anfrage an das Ministerium hatte der Landrat „klare juristische Anwendungshinweise“ für die Umstellung von Sach- auf Geldleistungen eingefordert.

Das Antwortschreiben mit seinen „schwammigen Aussagen“ und „Lippenbekenntnissen“ verärgerte Walter derart, dass er die Konsequenzen zog. Darin ist von einem „Spielraum“ des Landratsamts als unterer Aufnahmebehörde die Rede, die Walter und sein zuständiger Abteilungsleiter Karl-Heinz Neuscheler nun nutzen wollen, um die Sachleistungs-Regelung mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten auslaufen zu lassen. „Sind Sie doch froh,

wenn nicht alles vorgegeben ist“, versuchte die SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid für den neu gewonnenen Spielraum zu werben.

Sie versuchte auch an anderer Stelle die Bedenken der Kreisbehörde zu zerstreuen: Laut Gesetz sind die vorgegebenen 4,5 Quadratmeter Wohnraum pro Flüchtling verfassungswidrig und menschenunwürdig. Ab 2013 soll daher die Wohnfläche sukzessive vergrößert werden – genaue Angaben dazu gibt es allerdings noch nicht. Die Kreisbehörde hat damit zwei Probleme: Schon jetzt, so Neuscheler, ist der Landkreis im Rückstand bei der geforderten Aufnahme von Flüchtlingen.

Kreisbehörde will keine Zwangszuweisungen

„Wir brauchen dringend weitere Unterkünfte“, sagt der Dezernent. Monatlich müsse man eigentlich 15 zusätzliche Asylsuchende aufnehmen. Das zentrale Aufnahmelaager in Karlsruhe sei hoffnungslos überfüllt. Insgesamt zehn Landkreise sind derzeit im Aufnahme-Soll, müssen aber jeder Zeit damit rechnen, dass ihnen neue Flüchtlinge, die jetzt besonders aus den Krisengebieten im Nahen Osten kommen, zugewiesen werden. „Wir möchten nicht mehr wie früher Turnhallen füllen müssen“, sagt Neuscheler.

Mehr Quadratmeter pro Flüchtling bedeute: Ein Verdoppeln der Wohnraumkapazitäten. Derzeit verhandelt die Kreisbehörde mit einigen privaten Vermietern, hofft aber auch auf die Mithilfe der anderen Städte und Gemeinden im Kreis. Der Landkreis befürchtet darüber hinaus, dass er mit der Umsetzung der neuen Wohnraum-Bestimmungen auf einem großen Teil der Kosten sitzen bleibt. Bereits seit 2004 muss er ein jährliches Defizit von rund 280 000 Euro tragen. „Wir wollen wieder eine kostendeckende Pauschale vom Land bekommen“, sagte Neuscheler. Der Landkreistag werde dies „vehement einfordern“, so der Landrat.

Haller-Haid sagte, dass dafür im neuen Doppel-Haushalt „ganz klar“ mehr Geld zur Verfügung gestellt werde, es gelte das Ausgleichsprinzip – „mehr als in der Vergangenheit“. Problematisch sieht sie die drohende „Zwangsumberbringung“

»» Auch unsere Behörde hat 20 Jahre lang zugeschaut.

Rita Pehlke-Seidel, SPD



Vorläufiges Ende einer langen Flucht: Khalid (vorne von links) und Khuder Azaze sowie Shirin mit Tochter Djan Khudr wohnen sie in der neuen Flüchtlingsunterkunft des Landkreises in der Rottenburger Weggentalstraße 77. Mit Plüschtiere die 34 Bewohner/innen, sich ein wenig heimisch zu fühlen.

von Flüchtlingen. Lob bekam die Kreisbehörde für ihr Vorgehen, nachdem es in Rottenburg zum Konflikt gekommen war: Ein Nachbar wehrte sich vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen dagegen, dass der Kreis in der Weggentalstraße 77 – einem reinen Wohngebiet – 56 Flüchtlinge unterbringen wollte. Inzwischen haben 34 Asylsuchende das Haus dort bezogen.

Viele, so Walter, kommen aus dem Irak, aus dem Iran und aus Syrien. Vor einer Woche habe man mit den Nachbarn ein Begrüßungsfest gefeiert. „Die Situation hat sich entspannt“, berichtete der Landrat. Eugen Hös-

chele (CDU), Markus Goller (Grüne) und Bernhard Strasdeit (Like) begrüßten die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und des Landrats, die Sachleistungen abzuschaffen. Es geht um „Menschen in Notlagen“, so Höschele und Goller. Sie seien hier, um Schutz zu suchen – „nicht damit wir sie wieder loswerden“, sagte Goller.

Strasdeit sprach von einem „Paradigmenwechsel“ in der Politik, der den Flüchtlingen endlich das Existenzminimum sichere. Rita Pehlke-Seidel (SPD) erinnerte jedoch an die vergangenen 20 Jahre: Auch die Tübinger Kreisbehörde habe die inhumane Bezahlung und Unterbringung der Flüchtlinge sowie die Sachleistungen „nie in Zweifel gezogen und 20 Jahre lang zugeschaut“.

## Gemeinschaftsunterkünfte

- Vier Unterkünfte mit derzeit **193 Plätzen – Vollbelegung**
- Tübingen-Weilheim: 84 Plätze
- Rottenburg: 34 Plätze in der Weggentalstraße 77 (neu); 26 Plätze im DHL-Gebäude, Saint-Clau-de-Straße 72 (neu)
- Mögglingen: 49 Plätze
- Aufnahme-Pflicht: Der Landkreis ist derzeit im Aufnahme-Rückstand von 25 Flüchtlingen und sucht nach Wohnraum
- Finanzierung: Der Landkreis erhält vom Land eine **Kostenpauschale** pro Asylsuchenden pro Jahr. Der Landkreis hat seit 2012 ein Defizit von 300 000 Euro.

Zuschuss fürs Theater

Start der Literatur-Tour

Stadttrauben auf Diät